

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostpreußen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abgabepreis für Monat (frei Haus) 2 RM. (Halbmonat 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäfts- u. Expeditions-Adressen: Dresden-N., Oberbahnstraße 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Postfach Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Straße 2 / Dresden-N., Oberbahnstraße 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Geschäftsstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Sonntag, den 7. Mai 1927

Nummer 106

Eine Drohung Jörgiebels

Der Rote Frontkämpferbund soll verboten werden!

Nach einer Meldung der Zeitungsmotoren trägt sich der Berliner Polizeipräsident Jörgiebel mit dem Gedanken, bei dem geringsten Anlaß, der sich durch Reibereien zwischen Stahlhelmlern und Roten Frontkämpfern anläßt, die Berliner Stahlhelmlern ein Verbot zu erteilen und wofür die Verantwortung auf dem Roten Frontkämpferbund zu verlagern sei, diesen sofort für Berlin zu verbieten. Die Zeitungen bemerken, daß dieses Verbot, das, wie sie sagen, bei dem geringsten Anlaß verhängt werden wird, um deswillen einschneidende Bedeutung beizumessen ist, weil sich ihm der preußische Innenminister Geigel sofort anschließen und den Roten Frontkämpferbund für ganz Preußen verbieten wird. Die preußische Polizei gibt sich der Erwartung hin, damit der ganze Rote Frontkämpferbund ein für allemal ein Ende zu machen.

Die Meldung ist durchaus wahrscheinlich. Nichts dürfte leichter sein als die nationalsozialistischen Banditen, als irgend welche Zusammenstöße oder Reibereien auf das Konto des Roten Frontkämpferbundes zu schreiben. Nach dem von der Stahlhelmlern veröffentlichten Aufmarschplan am morgigen Sonntag wird der Stahlhelm in 6 Kolonnen durch die Stadt zum Lustgarten marschieren. 4 dieser Kolonnen werden durch reine Arbeiterbesetze. In welcher Weise die nationalsozialistischen Banditen wüten, haben erst die Vorgänge in den letzten Tagen bewiesen. Heute morgen beispielsweise wurden die Fahnen der Stahlhelmlern in Charlottenburg eine Anzahl Ballons von 100 Nationalsozialisten, die unter Abhängen des Liedes „Hakenkreuz am Stahlhelm“ durch die Straßen zogen, niedergeschlagen und mit Schlagringen und Stöcken mißhandelt, teilweise auch mit Steinen beworfen wurden. Bei 21 Nationalsozialisten wurden Steine und sonstige Waffen gefunden, ebenso antisemitische Flugblätter, in denen eine wilde Hetze gegen den von den Nationalsozialisten vor einigen Tagen niedergeschlagenen Führer enthalten ist. In welcher Weise die Stahlhelmlern in Berlin aufzutreten gedenken, zeigt auch die Proklamation, die sich der Stahlhelmlern in einer gestern herausgegebenen Stahlhelmlernversammlung in Berlin leistete. Diese erklärte, nur der Stahlhelm habe die Kraft, das deutsche Volk von der Fesseln der Roten Frontkämpferbewegung zu befreien, die roten Fesseln aus den Straßen verschwinden zu lassen.

Erinnert sei auch an den Ausspruch des Stahlhelmlernführers Selbke, der am 3. April in einer Rede in Bremen erklärte: „Einmal einem erkannten Feind gegenüber, ist keine Zurückhaltung angebracht sondern der Angriff, ihn niederzuschlagen. Ein solcher Feind ist der rote Spuk in Berlin, hinter dem die Fraße Moskaus lauert.“

Nach einer solchen provozierenden Rede ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Stahlhelmlern das in die Tat umsetzen, was Selbke in dem oben zitierten Ausspruch erklärte, indem sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Zusammenstöße mit der werktätigen Bevölkerung Berlins provozieren und durch Vorposten und Unruhmacher herbeiführen werden. Und solche Vorposten sollen für den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jörgiebel die Begründung abgeben den Roten Frontkämpferbund zu verbieten und unumgänglich zu machen. In diesem Zusammenhang muß auch das Scheitern gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei gemeldet werden als ein geschicktes Manöver zur Verschleierung der geplanten Absichten. Daß die Nationalsozialisten nicht daran denken, sich an das Verbot zu halten, beweist ein Aufruf der Studenten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der in der Berliner Universität angeschlagen wurde und in dem es heißt:

„Die jüdische Volksdiktatur hat den nationalsozialistischen Studentensyndikat verboten. Die Angst vor der Abrechnung mit diesem Lumpengehülde durch die nationalsozialistische Sturmabteilung hat dieses Verbot geboren! Kameraden! Jetzt gilt's! Halte! unterem Leben Dr. Goebbels auch in den Zeiten schwerster Not die unerschütterliche Treue, die ihr ihm bisher erwiesen habt. Nationalsozialistische Arbeiter! Die Straß der Front! Deutsche Volksgenossen! Jetzt beginnt die Kleinarbeit! Wir lösen uns nicht auf! Gegen Terror hilft nur Gegenterror!“

Damit ist offen gesagt, was die Faschisten beabsichtigen. Die Absichten des Berliner Polizeipräsidenten Jörgiebel beleuchten deutlich die Situation. Während der Demonstration der Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie die Unterdrückung des gesamten Staatsapparates zuteil wird, werden die Gegenmaßnahmen der Arbeiter verboten. Schutz und Hilfe jeder Art für die Faschisten auf der einen Seite, Panzerautos, Feldartillerie, Reichswehr und Polizei gegen die Arbeiter — das ist die andere Seite. Sie illustriert

das Wesen der bürgerlichen Demokratie auf das deutlichste. Nach dem Erfolg Jörgiebels an die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund, in dem alle Gegenüberstellungen verboten wurden, soll nun die brutale Unterdrückung der proletarischen Klassenorganisationen folgen, während den faschistischen Organisationen freie Bahn gegeben wird. Schon seit Wochen wird gegen die proletarischen Organisationen eine niederschmetternde Hetze geführt. Die bürgerliche Presse brachte Tag für Tag Mitteilungen über den Terror der Einfortschalen“ übereinstimmend mit dem Vorwärts, der anfänglich der Heberfalle der Nationalsozialisten in Berlin in der wüsten Weise gegen die Kommunisten und den Roten Frontkämpferbund hetzte und erklärte, daß die Nationalsozialisten nur das in die Tat umsetzen, was die Kommunisten erst forderten.“ Damit wurde das Scheitern gegeben. Jörgiebel bezieht sich jetzt, den Wünschen des Bürgertums nachzukommen. Die Vorneherden die gesamte Arbeiterklasse zum schärfsten Protest heraus. Das Bürgerblockregiment im Reich, die Unternehmeroffiziere in allen Betrieben, die wirtschaftliche und politische Entschädigung der Arbeiter und der Aufmarsch der nationalsozialistischen Kommandos in Berlin erfordern die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse. Die Arbeiter müssen die Absichten dieser sozialdemokratischen Vorkämpfer aufhellen machen.

Protest der Arbeiter

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

In 8 großen Demonstrationen der Berliner Verwaltungsbezirke demonstrierte gestern abend das Berliner Proletariat gegen den Stahlhelmaufmarsch und das Demonstrationsoverbot Jörgiebels.

Frontgefecht nationaler Banditen

Magdeburg, 7. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Faustkämpfer hatten für den 5. Mai eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der aus Bayern herbeigeholte Straßer referierte. Er erklärte die Arbeiter für eine rote Meute und rotes Geißel, und sprach fortwährend vom „Schädel einschlagen“ und „Heber die Klinge springen“. Nach diesen Provoktionen wurde die Diskussion abgelehnt, obwohl auf den Plakaten seine Aussprüche angehängt worden war. Als Protest gegen die Abwägung der Diskussion stimmten die anwesenden Arbeiter die „Internationale“ an. Mit Bierlein, Stühlen und Stahlhelmen führten sie die nationalsozialistischen Sturmabteilungen auf die Arbeiter, die es an der entsprechenden Antwort nicht fehlen ließen. Mehrere Faschisten, darunter auch der Leiter des Heberfalls, Straßer, wurden verletzt.

Bahnstich für die Faschisten

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Reichsbahndirektionen Berlin, Magdeburg, Breslau und Stettin haben den aus Faschisten bestehenden Bahnstich in Alarmbereitschaft gesetzt. In Magdeburg sind zwei Panzerwagen fahrbereit gemacht. Aus Westdeutschland werden Kältungen der Bahnvermittlung bekannt, wie dies aus einem in der Roten Fahne veröffentlichten Telegamm der Reichsbahndirektion Offen hervorgeht.

Stettin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 5. Mai 4 Uhr abends wurde auf dem Stettiner Hauptbahnhof eine Batterie des Feldartillerieregiments nach Berlin transportiert.

20 Jahre Zuchthaus

Das Urteil im bulgarischen Kommunistenprozeß.

Sofia, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Prozeß gegen das sogenannte Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens, in dem zahlreiche kommunistische Funktionäre vor Gericht standen, wurde am 5. Mai das Urteil gefällt. Es lautet gegen Genossen Panlow auf 20 Jahre Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt erklärte, daß er den Angeklagten nichts anderes vorwerfen könne als die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei.

Der Auftakt zum Kampfe in Großbritannien

Von unserem Londoner Mitarbeiter

Der Kampf um das Gewerkschaftsrecht in England ist auf der ganzen Linie entbrannt. Kein Zweifel: Die konservative Regierung Großbritanniens benutzte die Mehrheit, die ihr die letzten Parlamentswahlen gebracht haben, im Interesse der Scharfmacher bis zum äußersten. Seit ihrem Antritt hat die Baldwin-Regierung konsequent Schritt für Schritt ihre Politik betrieben: Im Innern Kampf gegen das Proletariat, nach außen aggressiver Imperialismus und umfassende Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.

Mit einer dem britischen Proletariat bisher unbekanntem Brutalität und mit Ausbeutung der ganzen Macht des Unternehmertums und aller Formationen der Staatsgewalt wurde der Generalstreik niedergeschlagen. Mit staatlich angeworbenen Streikbrecherkolonnen, mit bewaffneten Faschistenbanden, mit Ausbeutung von Militär, mit Polizeiverordnungen und durch Ausschaltung der Familien der Bergarbeiter wurde der heldenhafte Widerstand der Bergarbeiter gebrochen.

Am Balkan, in Kleinasien und vor allem in China arbeiten britische Diplomaten, Soldaten, Kanonen und Flugzeuge, um die Macht des englischen Imperialismus zu erweitern. Gegen die Sowjetunion folgt eine Proklamation der anderen, und ständig wachsen die Kriegsvorbereitungen Englands.

Indessen hat sich die englische Arbeiterklasse in einem Jahrhundert währenden Kampfe politische Rechte, das heißt Kampfmittel erworben, die der Regierung sehr gefährlich werden könnten. Deshalb kommt es der Regierung eben darauf an, diese Rechte der Arbeiterklasse abzuschaffen.

Das Antigewerkschaftsrecht soll den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter ungeheuer erschweren, den politischen Kampf und das wirksamste Mittel zur Verhinderung imperialistischer Kriege — den Generalstreik — unmöglich machen. Mit diesem Gesetz will die konservative Regierung ihrer bisherigen Scharfmacherischen Tätigkeit die Krone aufsetzen.

Die Arbeiterklasse, noch vom letzten Generalstreik und vom Bergarbeiterkampf her sehr erregt, hat den Sinn dieses Gesetzes sofort begriffen. In welchem Maße das geschah, das zeigen die ungeheuren Demonstrationen dieses Jahres. In allen Industriezentren fanden riesige Demonstrationen statt. In London allein sind über eine Viertelmillion im Hauptpark aufmarchiert. Diese Demonstrationen fanden vollkommen im Zeichen roter Fahnen und roter Kampflieder. Wie in London, so auch im ganzen übrigen Lande.

Getrieben durch die radikale Stimmung der Arbeiterklasse, hat auch die Parlamentsfraktion der Labour Party den Kampf aufnehmen müssen. Allerdings nach Art der Labour Party. Der Führer der Partei, MacDonald, wurde vor einigen Wochen nach Amerika geschickt, um dort gegen das Gesetz zu propagieren, denn in England wäre er selbst dazu ungeeignet gewesen. Aber auch die übrigen Führer der Labour Party fühlen sich keineswegs sicher. Könnte doch in der Parlamentsdebatte ein konservativer Redner nach dem anderen auftreten und Ansprüche dieser Führer ähneln, die durchweg gegen den Generalstreik gerichtet waren. Allerdings hat die Labour Party auch einfache Soldaten, die ganz andere Töne als ihre Führer anschlagen. Sie sind die einzigen, die dem Vorstreit im Parlament das Bild eines Kampfes geben. Es wird vom weiteren Verlauf der Dinge abhängen, ob ihre scharfen Töne ein Signal zum Kampf außerhalb des Parlaments abgeben können, oder ob sie nach und nach verstummen werden. Die Labour Party als Ganzes scheint sich darauf eingerichtet zu haben, daß das Gesetz angenommen wird, und daß es erst mit dem Siege der Labour-Regierung wieder abgeschafft werden kann. In Wirklichkeit erhofft gerade dieses Gesetz die Möglichkeit, daß die Labour Party auf ruhigem, parlamentarischem Wege zur Regierung gelangen könnte, wie dies die Führer glauben.

Die feste Entschlossenheit der Konservativen, die in der Rede Lord Rixley zum Ausdruck kam: „Lacht sie reden, laßt sie demonstrieren und protestieren, das Gesetz wird doch angenommen“, zeigt, daß die Labour Party auf parlamentarischem Wege, selbst wenn sie ganz anders auftreten würde, gegen die Annahme des Gesetzes nichts ausrichten könnte.

Einer solchen Entschlossenheit gegenüber nutzen Worte Reden, keine Proteste, hier helfen nur Massenaktionen. Die Lage ist hierfür günstig. Die Erregung der Arbeiterklasse

Massenfundgebung

Redner: Genosse Zenderlich, Berlin, und Genosse Weidenbach, Stuttgart

heute Sonntag, den 7. Mai abends 7,30 in den „Innenhöfen“

gegen den Faschistenterror!